



13. FEBRUAR 2004 KURIER

Harmonisierung: Verzetnitsch warnt vor einem Scheitern

Genauere Berechnungen über den öffentlichen Dienst sollen in zwei Wochen vorliegen

Eine Runde war vor knapp zwei Wochen abgesagt worden: Es hatten Berechnungsgrundlagen gefehlt.

Gestern berieten Sozialpartner und Regierung neuerlich die Harmonisierung der Pensionssysteme. Nach Sozialminister Herbert Haupt betonte Staatssekretärin Ursula Haubner, dass die FPÖ alle Versicherten – und nicht nur die unter 35-Jährigen – in das neue System per Stichtag überführen wollten.

ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch erwartet, dass in zwei Wochen auch Berech-

nungen für den Öffentlichen Dienst mit Folgen für Einzelfälle vorliegen. Zuletzt hatte eine Expertise von Regierungsberatern für Aufregung gesorgt. Darin hieß es, dass die Harmonisierung des öffentlichen Dienstes Kosten von bis zu 1,5 Milliarden Euro pro Jahr verursachen würde. Fachleute wie Bernd Marin hatten diese Aufstellung als Sammlung von „Lobby-Interessen“ heftig kritisiert.

Verzetnitsch sagte gestern, es liege an der Regierung, Lösungsansätze zu liefern. Er warnte aber davor, dass „das

Projekt, wenn es nicht bis Sommer abgeschlossen ist, gestorben ist“. Was die Stichtagsregelung betrifft, die nur die ÖVP ablehnt, sagte der ÖGB-Präsident, dass die Berechnungen „verfeinert“ werden müssten. Andere Kalkulationen, die nur für die unter 35-Jährigen vorgenommen wurden, zeigten laut Verzetnitsch „Unebenheiten“.

MEGA-Projekt Auf die Differenzen zwischen der von der ÖVP präferierten Lösung für unter 35-Jährige und der von allen anderen Parteien

und den Sozialpartnern bevorzugten Stichtagsregelung angesprochen, sagte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl (VP), es handle sich um ein „Megaprojekt. Da kommt es überhaupt nicht darauf an, ob man zwei oder drei Monate länger oder kürzer braucht, sondern darauf, dass eine seriöse Arbeit möglichst im Konsens“ erarbeitet werde.

Die nächste Verhandlungsrunde wird in zwei bis drei Wochen stattfinden.

► INTERNET
www.bmsg.gv.at